

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Büch (Schweiz).
Verlag
der
Verlagsbuchhandlung
Kottlingen-Zürich.
Postsendungen
franko gegen franks.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelpost.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Abonnements
werden bei allen Schweizerischen
Postbüros, sowie beim Verlag
und dessen bekannten Agenten
entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Bietungspreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Streuhand)
Fr. 2.— für Deutschland (Courier)
Fr. 1.70 für Österreich (Courier)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Streuhand).

Inserate
die bezugsfreie Zeitzeile
25 Cts. — 20 Pfg.

№ 48.

Donnerstag, 26. November

1885.

Avis an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Österreich verboten ist, beginnend verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Expeditionen nach dort abzufangen, so ist die höchste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Rücksichtnahme verübt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu fälschen. Hauptpostamt Zürich ist einziger, das unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“ resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Österreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In juristischsten Fällen empfiehlt sich jedoch größtmögliche Sicherheit beim Postverkehr. Soweit es uns liegt, werden wir gewiß weiter Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteienossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Parteienossen!

Mit dem heutigen Tage beginnt die neue Reichstagsession. Damit erwacht für uns die Pflicht, unsern Posten als eure erwählten Vertreter im Reichstag wieder einzunehmen. Wir werden unsere Pflichten erfüllen, soweit es in unseren Kräften steht. Aber diese Pflichterfüllung erfordert große finanzielle Opfer, die aus eigenen Mitteln zu bringen für Einzelne unter uns vermögen. Das Reich verweigert den Volkstrettern Entschädigungen, welche die Abgeordneten der Einzelstaaten sämtlich und meist in reichem Maße beziehen. Bei Gründung des Norddeutschen Bundes und später des Deutschen Reiches war man gezwungen, das allgemeine Stimmrecht einzuführen, einestheils weil es galt, für die neuen Institutionen im Volke Sympathie zu erobern, andererseits aber und hauptsächlich, weil bei der großen Verschiedenheit der Steuerhöhen und der Niederlassungsverhältnisse kein gemeinsamer Boden vorhanden war, der die Einführung eines Jenuswahlrechts ermöglichte.

Man fand aber in der Verweigerung der Diäten an die Reichstagsmitglieder ein Korrektiv gegen die demokratischen Wirkungen des allgemeinen Stimmrechts. So kommt es, daß man den aus Klassenwahlen hervorgegangenen Vertretern Entschädigungen gewährt, die man den durch das allgemeine Stimmrecht gewählten Vertretern vorenthält.

Dem durch die Diätenproteste zu schärfstem Ausdruck gelangten Streben nach Beschränkung des Volkswillens muß das Volk aus eigener Initiative entgegenwirken, indem es freiwillig seinen Vertretern bietet, was die das Klasseninteresse der Besitzenden währende Staatsgewalt ihnen verweigert.

Wir fordern Euch also auf, Parteienossen, dementsprechend zu handeln, überall Sammlungen für den Diätenfonds vorzunehmen und die gesammelten Beiträge entweder an die Expedition des „Sozialdemokrat“ oder an einen von uns abzuführen.

Quittung wird wie früher erfolgen.

Mit sozialdemokratischem Gruße!

Berlin, den 19. November 1885.

Kuer. Bebel. Bloß. Bod. Diez. Frohme. Geiser. Grillenberg.
Harm. Hansen. Heine. Kayser. Krüder. Liebknecht. Meißner.
Pflanzsch. Rödiger. Sabor. Schumacher. Singer. Stolle. Vieren.
Wollmar. Wiemer.

Ueber moralische Zurechnungsfähigkeit und die wissenschaftliche Begründung der Strafmaße.

Auf dem im September dieses Jahres in Brüssel abgehaltenen Freidenker-Kongress bildete einen der Hauptpunkte der Debatte die interessante Frage, inwieweit die Individuen für ihre Handlungen verantwortlich zu machen sind, und ob sich ein Strafmaß überhaupt wissenschaftlich begründen lasse. Eine hierüber eingeleitete Kollektiv-Erklärung der Freidenkervereine von Neapel, die sich auf die Untersuchungen des Professors Giovanni Bovio über das Strafrecht und die Grundlagen der Ethik stützt, scheint uns der Wiedergabe an dieser Stelle nicht unwerth. Wir entnehmen sie dem — leider eingegangenen — „National belge“, gestatten uns jedoch, die Einleitung zu kürzen.

Bovio beweist im ersten Kapitel seiner Schrift, daß eigentlich bei der Strafe von Gerechtigkeit keine Rede sein kann, da zwischen dem Verbrechen und der Strafe, zwei ganz verschiedenen Begriffen, weder eine Beziehung, noch ein Verhältnis, noch ein Abschätzungsmaß (approximation) besteht.

Dieser Mangel an einem Maßstab für die Strafe rührt daher, daß es den Strafgesetzbüchern an einer vernunftgemäßen Grundlage fehlt — die Voraussetzung eines freien Willens beim Verbrecher ist von der Wissenschaft schon längst fallen gelassen.

Die Handlungen der Menschen sind nicht „frei“, sie sind Produkte einer Nothwendigkeit dreifacher Natur: der physischen, der historischen und der sozialen Nothwendigkeit.

Diese drei Nothwendigkeiten sind die Mitschuldigen jeder verbrecherischen That.

Die physische Nothwendigkeit, d. h. der Einfluß der Natur des Menschen auf seine Handlungen, hängt zunächst vom Klima ab, der Natur, in der er lebt. Dazu kommt die Vererbung (Atavismus), welche die Einflüsse des Klimas kreuzt, und ferner die Idiosyncrasien (unwillkürliche Gemüthsänderungen). Dieser Eindruck wird zwar durch die Erziehung, welche Bovio den Reflex der Kollektiv-Seele auf

das Einzel-Individuum nennt, modifiziert, aber nur sehr allmählich und ohne je ganz aufgehoben zu werden.

Die historische Nothwendigkeit erklärt, warum jedes Jahrhundert und jede Generation, jedes Volk und jede Klasse (und wir fügen hinzu: jede Gesellschaftsklasse. Red. des „S. D.“) ihre speziellen Verbrechen und Tugenden haben, die sich anderwärts nicht wiederholen. Im Guten wie im Schlimmen, lehrt die historische Nothwendigkeit, tragen jeder Ort und jede Zeitepoche ihren eigenen Stempel. Und, von den Nationen auf die Individuen übertragend, erklärt sie auch die Verbrechen der verschiedenen Lebensalter.

Die soziale Nothwendigkeit besteht in der moralischen, wirtschaftlichen, politischen und religiösen Umgebung, innerhalb deren der Mensch lebt. Man setze gewisse moralische und religiöse Ideen, gewisse politische und wirtschaftliche Verhältnisse, und alsobald sind gewisse Verbrechen — oder was man als solche ansieht — unvermeidlich. So gibt es noch unter dem vierten Stand oder Proletariat eine zahlreiche Menge ohne Beruf, schwankende Gestalten — eine „soziale Dunstatmosfera“ — wo Verbrechenbegehren, Erziehung, Institution, Disziplin, Werth und Tugend heißt. Mit solchen Begriffen beispielweise wachen die Menschen auf und entwickeln sie sich da, wo die Kamorra und Mafia (geheimen Verbrecherbanden in Süd-Italien. Anmerkung der Red.) bestehen, wo, was noch viel schlimmer ist, mit Statuten und einer ganzen Hierarchie, Diktatoren und ihre blinden Werkzeuge herrschen.

Diese dreifache Nothwendigkeit, die im Grunde nur die Entwicklung einer einzigen — der natürlichen — ist, bildet bei jedem verbrecherischen Akt eine unsichtbare, aber permanente Mitschuld. Erst als Hysterie (Reizung der Nerven), Hyperästhesie (dasselbe verstärkt) Hang u., dann als Gewohnheit, Beispiel, Anreizung u. und schließlich als Erziehung und Institution.

Und diese universelle Mitschuld, bei der Niemand die Rollen tauschen noch abwägen kann, ist ein neuer Beweis für die Unmöglichkeit einer Verhältnismäßigkeit der Strafe.

Darans folgen zwei Sätze:

Erstens, daß die Zurechnungsfähigkeit, wenn sie existirt, nie individuell sein kann, wie es die Gesetzbücher voraussetzen, sondern daß sie eine kollektive gesellschaftliche Verantwortlichkeit ist. Omnia (?) fallunt, si solus sit unus. (Alle sündigen, wenn Einer sündigt.) Es ist dies das Gesetz der Solidarität.

Zweitens, daß die Strafe immer nur blind und zufällig trifft: sie trifft den, der sich nicht vertheidigen kann, und hinterläßt keine Zeichen von Wiederherstellung.

Soll man nun deshalb das Strafgesetzbuch abschaffen? Das erschiene als die unmittelbare Folge, wenn man den Gesetzen der geschichtlichen Entwicklung keine Rechnung tragen wollte, deren hauptsächlichstes und beweist, daß sich widersprechende Einrichtungen im Laufe der Geschichte im umgekehrten Verhältnis entwickeln.

Sich widersprechende Einrichtungen sind solche, die entgegengesetzten Zwecken dienen. So stehen zu einander das jus belli und das jus gentium (Kriegsrecht und Völkerrecht), Religion und Wissenschaft, Erbrecht und Arbeitsrecht, Strafgesetzbuch und soziale Erkenntnis. Je mehr die eine dieser Institutionen an Einfluß gewinnt, um so mehr nimmt der der andern ab, und darum entwickeln sie sich geschichtlich im umgekehrten Verhältnis.

Auf Strafgesetze und die soziale Erkenntnis angewendet, heißt das: Je mehr die Rechte und Pflichten des Menschen, die der Person in der Menschheit, in der Nation, in der Gemeinde u. sich erweitern, um so mehr nehmen die Strafgesetze ab, sei es mit Bezug auf die Art und die Dauer der Strafen, sei es mit Bezug auf die Möglichkeit, sich zu vergehen. Freilich haben wir auch die Vaster — soz. sagen die Kritiken der Zivilisation, aber, um die Wahrheit zu sagen, einer Zivilisation, welche Vico raffinierte Barbarei nennen würde, einer Zivilisation, welche ebenfalls bestimmt ist, zu verschwinden zu Gunsten einer wirksameren Zivilisation, die, indem sie alle Rechte und alle Pflichten in's Gleichgewicht bringt, alle Angehörigen der Gesellschaft zur Theilnahme an allen gemeinsamen Zielen des geschichtlichen Lebens berufen wird.

Und hier zeigt sich der große Gegensatz zwischen unserer Richtung und der empirischen Schule, daß, während die empirische Schule, die hierin der Ordnungsschule folgt, glaubt, es müsse hart, ja, mit dem Tode gestraft werden, um sich gewisser Verbrechen und gewisser Schuldigen zu entledigen, wir im Gegentheil der Ansicht sind, daß das Strafgesetzbuch immer milder werden muß; denn die Ursachen der Verbrechen sind nie und werden nie anders beseitigt werden als durch die stets zunehmende soziale Erkenntnis.

Die soziale Erkenntnis muß als eine stets wachsende Aus-

dehnung der Freiheit aufgefaßt werden, die, je mehr sie sich erweitert, um so mehr die Füglosigkeit nöthigt, abzunehmen. Die verflauesten Völker sind die unsittlichsten; was ihnen an Freiheit fehlt, besetzen sie an Lastern und Gräueln.

Gibt es also freien Willen, moralische Freiheit? Diese Freiheit ist lediglich die Selbstbestimmung der Vernunft. Die Menschen haben so viele individuelle und zivile Freiheit, als durch die Vernunft geleitete Selbstbestimmung; und je mehr diese Selbstbestimmung der Vernunft sich entfaltet, umso mehr nimmt die Freiheit eines Menschen und eines Volkes zu. Bemerken wir jedoch, daß die Freiheit, von der wir sprechen, etwas ganz Anderes ist als der freie Wille der Theologen und Metaphysiker.

Seien wir frei, heißt: seien wir vernünftig, richten wir uns nach den Gesetzen der Natur und der Geschichte, stolpern wir nicht über das Weltgerüst; wenn wir gehen wollen, folgen wir dem Lauf, den die Natur der Dinge vordrückt.

So verstanden, ist die Freiheit nicht die Gabe, anzuschreiten, sondern die Gabe, sich mit seiner eigenen Natur und mit der Natur der Dinge in Einklang zu versetzen. Sie ist die Natur, die, indem sie sich erkennt, sich auf sich selber beschränkt.

Der verständige Mensch übertreibt demnach nicht; er beklagt den gewöhnlichen Verbrecher, sei er der Unglückliche, der sich in den Schlingen des Strafgesetzbuches verwickelt hat, oder der gemeine Schlaupfropf, der dasselbe in- und auswendig kennt; er beklagt den gewöhnlichen Verurtheilten ebenso wie den Richter, aber seine Klage ist keine Erniedrigung, sie ist die Liebe, die jene Erziehung anrath und ausübt, ohne welche Sokrates ein Dieb und Jeno ein Mörder gewesen wäre. Nie ward ein weiserer Ausspruch gethan als der des Aristoteles: Die Philosophie lehrt mich, freiwillig zu thun, was andere aus Furcht vor dem Gesetze thun.

Das ist die höchste Bedeutung der Freiheit und der Erziehung, eine Deutung, welche als Erklärung jenes modernen Axioms gelten kann, daß die Moral so zusammenfaßt: Die wahre Nothwendigkeit ist die Nothwendigkeit der Freiheit.

Der Schluß der Denkschrift lautet:

Die moralische Verantwortlichkeit ist mehr kollektiv als individuell, und die philosophische Begründung der Strafe besteht in einer relativen Nothwendigkeit, die mit dem Fortschreiten der sozialen Erkenntnis immer mehr abnimmt.

Und nun einige wenige Bemerkungen unsererseits.

So logisch und klar die Denkschrift in ihrem ersten Theil, so verschwommen ist sie am Schluß. Hier zeigt es sich, daß wir es mit Freidenkern und nicht mit Sozialisten zu thun haben. Von der sozialen Nothwendigkeit, die oben ganz treffend charakterisirt wurde, merken wir hier gar nichts mehr, sie scheint sich verflüchtigt zu haben, und statt ihrer hören wir von „sozialer Erkenntnis“, von „Selbstbestimmung der Vernunft“, der „wahren Freiheit“. Das sind sehr schöne Dinge, die aber ohne ganz bestimmte gesellschaftliche Einrichtungen in der Luft schweben. Und selbst wenn wir annehmen sollten, daß durch den Hinweis auf die „wirksamere Zivilisation“ bereits diese Einrichtungen vorausgesetzt sind, so ist wiederum die Schilderung dieser Zivilisation durchaus nicht nach unserem Geschmack. Hier mußte klar und nett auch die wirtschaftliche Seite der Frage hervorgehoben werden, ohne deren Lösung alle soziale Erkenntnis nichts nützt.

Zur Bauern-Agitation.

Aus Schleswig-Holstein.

Als eine der schwierigsten Fragen scheint man die Religiosität der Landleute anzusehen, und sicherlich kann nicht gelugnet werden, daß die Religion einer der bestauesten Punkte ist. Aber das trifft nicht nur bei den Landleuten zu, sondern jeder sogenannte fromme — richtiger gläubige Mensch wird sich nur schwer mit einem Freidenker in eine Diskussion über Religion und ähnliche Fragen einlassen. Es ist aber durchaus nicht nothwendig, daß man diese Frage berührt, sondern man kann die Religion das sein lassen, was sie nach dem Partei-Programm sein soll: Privatangelegenheit des Einzelnen. Die Lage der Landarbeiter ist eine solche, daß sich Anhaltspunkte genug finden lassen, um ihn mit den Grundfragen des Sozialismus bekannt zu machen. Es gibt Leute, und unter der Landbevölkerung kommen sie mehr vor als in jeder andern Gesellschaftsklasse, welche selbst die einfachsten Fragen nicht verstehen, wenn man sie ihnen mittheilt, ohne dabei von ihnen bekannten Gesichtspunkten auszugehen. Thut man das Letztere aber, knüpft man an Thatsachen an, die jeder kennt, und wird hierbei systematisch zu Werke gegangen, so daß man nie den Zusammenhang mit dem Bekannten außer Augen läßt, dann begreifen sie ohne Mühe die schwierigsten Punkte unseres Programms. Nur hätte man sich, als Ausgangspunkt den utopischen Bibeldommunisismus zu nehmen, denn in diesem Fall wird man den Gewonnenen nur mit einem neuen Bande an den Kirchenglauben schmieden und ihn somit noch mehr ins Schlepptau des Pfaffen bringen.

Wozu braucht man auch zur Bibel und ähnlichen Scharfsen zu greifen, um den Landmann von der Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Zustände zu überzeugen? Bietet das alltägliche Leben nicht der Beispiele genug? Da ist vor allen Dingen die Entwicklung der modernen Technik, welche von zwei Seiten auf den Landmann einstrahlt. Erstens hat die Vervollkommnung der Verkehrsmittel es dahin gebracht, daß der Farmer des Westens von Amerika sowie der Grundbesitzer Ostindiens und Egyptens als Konkurrenten auf dem europäischen Markt erscheinen und die Preise in einer vorher nie gekannten Art drücken. Bei uns in Deutschland haben zwar die Großgrundbesitzer durch den Getreidezoll die Bodenernte zu retten gesucht; dieses Heilmittel wirkt aber auf den Kleinrentner ebenso wie das denöhrliche Verfahren des Dr. Eisenhart: der Kleinrentner ist fast durchgängig nur dort zu finden, wo der Boden von schlechterer Ertragsfähigkeit ist, und auf solchem Boden helfen nicht Getreide, sondern es muß viel Dünger verwendet werden, und um diesen zu haben, ist ein größerer Viehstand notwendig. Es kann der kleine Bauer also kein Getreide verkaufen, sondern muß in den meisten Fällen noch etwas zukaufen und in Folge dessen, von seinen ohnehin schon knappen Einnahmen noch Getreidezoll zahlen, oder, wenn er dieses nicht kann, seinen Viehstand verringern und so mit dieser Verringerung die Ertragsfähigkeit seines Bodens verschlechtern.

Die andere Seite, von der aus die Technik die bestehenden Verhältnisse untergründet, ist die Erfindung und Einführung neuer landwirtschaftlicher Maschinen. Zwar können diese in erster Linie nur von den Großgrundbesitzern mit Erfolg angewandt werden, aber der Kleinrentner steht nun einmal mit diesem in Konkurrenz und sucht daher nach Mitteln, die ihn vor dem Schicksal retten, im ersten Anprall den Kampfplatz räumen zu müssen. Hier könnte Herr Schäffle seine Freude an dem „antikollektivistischen Bauernschabel“ erleben, — wenn die gegenwärtige Gesellschaft nicht länger vorhalten soll als der Antikollektivismus bei den Bauern, dann könnte sie schon heute in die Grube fahren. Freilich sind es nicht sozialistische Agitatoren, Umstürzler von Profession, welche den Individualismus bei den Bauern so sehr ins Wanken bringen, sondern es ist der vielgerühmte Fortschritt der Herrschaft des Menschengeistes über die Natur — die vielen Erfindungen und Entdeckungen der technischen Wissenschaften sind es, welche Schäffle's letztem Wort der gegenwärtigen Gesellschaft sein Grab graben und ihn hinunterlegen, wo er vermodern wird mit vielen anderen Vorurtheilen des Mittelalters und Mittelalters.

Ich will hier aus der Fülle der Thatfachen nur eine hervorheben: es betrifft die Milchwirtschaft. Seit Erfindung der Zentrifugalmaschinen, durch welche man den Fettgehalt bis auf ein kleines Minimum aus der Milch herauszieht, würde es sich kaum der Mühe lohnen, auf anderem als diesem Wege Butter zu fabriciren. Da hierzu aber Kapital erforderlich ist, welches der einzelne kleine Bauer nicht hat, so greift er zur Genossenschaft, und so schließen die Genossenschaftsvereine seit einer Reihe von Jahren förmlich wie Paläste aus der Erde. Die Dampfmaschine erobert sich auch in der Landwirtschaft Heimatrecht, und wo sie einzieht, stürzt das alte patriarchalische Verhältnis: der Bauer wird zum Baarenfabrikant, und der Landarbeiter steht als Proletarier dem Kapital gegenüber. Daß die Verhältnisse für die Sache des Proletariats auf dem Lande immer günstiger werden, erkennen sogar unsere Gegner. So enthielten die „Tyrober Nachrichten“, ein nationalliberaler Blatt der schümsternen Art, vor einiger Zeit einen Artikel, der mit folgendem Passus endete:

„Zum Schluß möchten wir noch auf die sozialen Verhältnisse hinweisen, die Herr n- gar nicht in Erwägung zieht. Ist die Erhaltung des Bauernstandes nämlich nicht gesichert, wird er zum hallofen Pflugland, so stürzt damit der soziale Bau. Die Gesellschaft ruht zunächst auf wirtschaftlicher Grundlage und jeder Umwälzung auf diesem Gebiet müssen auch soziale und politische Revolutionen folgen. Der deutsche Bauer könnte aus Rath und Verzweiflung sich schließlich auf jene Seite stellen, von welcher ihm in seiner bedrängten Lage der doppelt verführerische Lohndruck entgegenhält: Gemeinlichkeit des Grundbesitzes, Agrarcommunitismus. Die Sozialdemokraten warten darauf, daß die Roth unsern Bauernstand (nicht sowohl den schleswig-holsteinischen als den deutschen) in ihre Arme treibe. Liebknecht deutete das schon im Sommer 1880 auf einer Versammlung in Paris an. Die Schlussfolgerung der Sozialdemokraten ist folgende: Das stärkste Bollwerk gegen die Sozialdemokratie ist bisher das zähe Festhalten des Bauern an seinem Eigenthum gewesen. Das war die Schranke, an welcher das Wachsthum der Sozialdemokratie schließlich hätte zum Stillstand kommen müssen. Das amerikanische Getreide befreit nun diese Schranke, es exportirt der Bauer, setzt ihn außer Besitz, stößt ihn ins Proletariat hinab und wandelt ihn aus einem Verteidiger zu einem Feind der gegenwärtigen Ordnung um. Der Sozialismus sieht deshalb in der überfälligen Konkurrenz seinen besten Bundesgenossen. Denn wenn die Preise der Getreide um die Hälfte des Wertes sinken sollten, so ist der Landmannsstand Preußens depossedit. Ob dann aus dieser Krise ein Pöblich entsteht, muß ja abgewartet werden.“

Die Verhältnisse spizen sich täglich mehr zu, und darum können wir mit unseren Forderungen: Verwindung der Arbeitsmittel, also auch des Grund und Bodens, in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages, auch bei der Landbevölkerung rüchaltlos vorgehen. Wenn wir sie auf diese Höhe hin für uns gewonnen haben, dann kann uns Pflanz und Kirche nicht mehr schaden; denn wenn auch die Einzelnen die Religiosität noch nicht ganz verschwunden ist, so kommen doch im öffentlichen Leben Gelegenheiten genug, wie bei Wahlen u. s. w., wo der Pflanz es für nötig findet, den Sozialismus anzugreifen. Hierbei ent-

wideln jene Herren dann gewöhnlich die Dummheit, die nur von ihrer Frechheit im Lügen übertröffen wird, und die alte Fabel des Theilens ist fast das Einzige, was sie gegen uns vorzubringen wissen. Hört nun ein noch etwas fromm Angebauchter den Pfaffen so frech lägen, so verliert er auch den letzten Rest der Schwärmerlei für die Religion.

Freilich, wird man sagen, wenn der Boden für den Sozialismus auf dem Lande schon so weit gebrochen ist, dann müßten doch öfter Runderhebungen von dort kommen. Hierbei ist aber zunächst in Betracht zu ziehen, daß die Verhältnisse auf dem Lande sich überhaupt weniger zum demonstrativen Auftreten eignen, ferner aber die größere Abhängigkeit, in der die Landarbeiter sich befinden. Man muß nicht annehmen, daß von den 8008 Arbeitern, welche im Jahr 1874 im neunten schleswig-holsteinischen Wahlkreise (Segeberg-Bild) einen Arbeiter in den Reichstag wählten, heute keine mehr Sozialist sei, da ja dort seit Erlass des Sozialistengesetzes keine Stimmen für uns abgegeben sind. Das Weinzugewinn heute noch wie damals tief in ihren Herzen, aber die rothe Gewalt ihrer Unterdrücker hindert sie, es öffentlich zu bekennen; denn nirgends sind die Maßregelungen so brutal gewesen wie dort in Folge jener Wahl. Man hat es fertig gebracht, sie von der Wahlurne fernzuhalten; aber wenn einmal der Tag kommen sollte, wo man die Bauern zu etwas anderem als zum Stimmhieb gegen die Arbeiterfrage haben will, dann wird jener jahrelang zurückgehaltene Zorn auflodern, sie werden ein mächtiges Glied sein in der Armee des kämpfenden Proletariats.

Bräsig.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 26. November 1885.

8. In ihrer ersten Fraktionsitzung — am 18. d. M. — erledigten die sozialdemokratischen Abgeordneten die Revision des im vorigen Frühjahr eingebrachten Entwurfs eines Arbeiterchutzgesetzes. Abgesehen von den mehr einen redaktionellen Charakter tragenden Änderungen und verschiedenen Detailverbesserungen wurde der Paragraph betreffend die Wählerinnen im Sinne des schweizerischen Wahlgesetzes genauer präzisirt. Vollständig in Wegfall kamen die Geldbußen.

Des Weiteren ward festgesetzt (in § 106):

„Für verheiratete Frauen, bez. Wittwen hat an Sonnabenden der Schluß der Arbeitszeit bereits um 12 Uhr Nachmittags einzutreten“

und der zweite Absatz des § 106 a wie folgt gefaßt:

„Das Arbeitsamt ist befugt, unter Zustimmung der Arbeitskammern für Betriebe, wo dies im Interesse der Beschäftigten liegt, über Anfang und Ende der Arbeitszeit andere, den Bedürfnissen entsprechende Bestimmungen zu treffen, jedoch muß, einschließlich Pause, die zehnstündige Arbeitszeit eingehalten werden.“

§ 135 a, der vom Minimallohn handelt und welcher bisher also lautete:

„Ferner haben die Arbeitskammern die Minimalhöhe der Löhne aller Hilfsarbeiter festzusetzen.“

„Beschwerden über die festgesetzten Minimallöhne erliegen der Arbeitskammer.“

hat jetzt folgende Fassung:

„Die Arbeitskammern haben für die in ihrem Bezirk beschäftigten Arbeiter und Hilfspersonen auf Antrag der Arbeiter und Hilfspersonen auf Antrag der Kaufleute und anderer nichtindustrieller Unternehmer beizusetzen.“

„Beschwerden über die festgesetzten Minimallöhne erliegen der Arbeitskammer.“

Außerdem ist noch zu erwähnen, daß statt des im ersten Entwurf gebrauchten Ausdrucks „Hilfspersonen“ und „Hilspersonal“ im neuen Entwurf die Ausdrücke „Arbeiter und Hilfspersonen“ und „Arbeiter und Hilfspersonal“ gebraucht werden. Der Ausdruck „Hilfspersonen“ und „Hilspersonal“ war seinerzeit gewählt worden, weil außer den Lohnarbeitern auch die Kommis und das sonstige Hilfspersonal der Kaufleute und anderer nichtindustrieller Unternehmer bezeichnet werden sollten.

Die sozialdemokratische Fraktion hat weiter beschossen, sich an Kommissionen auch fernerhin zu beteiligen. Der dahingehende Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Die Fraktion hat für folgende Kommissionen Mitglieder ernannt: Geschäftsordnungs-Kommission, Petitionskommission, Wahlprüfungskommission, Kommission über das Unfallgesetz und Kommission über das Arbeiterchutzgesetz.

— Der Abschaffung des Sozialistengesetzes soll ein „Uebergangsstadium“ vorausgehen — so meint Herr Gneist — welches uns wieder allmählich an normale Zustände gewöhnt. Es ist das die Geschichte vom vollzogenen abgeknittenen Hundeschwanz — nur umgekehrt. Der mit einem Schnitt beseitigte Schwanz soll allmählich wieder angeheftet werden. Unter „normalen Zuständen“ versteht Herr Gneist die Herrschaft des gemeinen Rechts, und das beste „Uebergangsstadium“ ist ohne allen Zweifel, daß man allmählich die Bestimmungen des Ausnahmengesetzes in das gemeine Recht übergehen läßt. Wie es scheint, ist etwas Derartiges im Werk. Ein Gneist macht keine solchen Andeutungen, ohne sich vorher über die Absichten der „leitenden Kreise“ vergewissert zu haben.

Schweizer Professor, der nicht mehr den Marx ins Jänstlerische, sondern den sanften Renan in sein eignes süßliches Deutsch überseht.

Mit dem 13. Juni 1849 in Paris, mit der Niederlage der deutschen Reichskräfte und der Kiederlegung der ungarischen Revolution durch die Russen war eine große Periode der 1848er Revolution abgeschlossen. Aber der Sieg der Reaktion war soweit noch keineswegs endgültig. Eine Neuorganisation der zerstreuten revolutionären Kräfte war geboten, und damit auch die des Bundes. Die Verhältnisse verboten wieder, wie vor 1848, jede öffentliche Organisation des Proletariats; man mußte also sich von neuem geheim organisiren.

Im Herbst 1849 fanden sich die meisten Mitglieder der früheren Centralbehörde und Kongresse wieder in London zusammen. Es stellte sich noch Schapper, der in Wiesbaden saß, aber nach seiner Freisprechung im Frühjahr 1850 ebenfalls kam, und Moll, der, nachdem er eine Reihe der gefährlichsten Missionen und Agitationsreisen erledigt — zuletzt war er mitten unter der preussischen Armee in der Rheinprovinz Fahrkanniere für die preussische Artillerie — in die Belagerten Arbeiterkompagnie des Wilhelmschen Korps trat, und im Gefecht an der Rur, vorwärts der Rothenseller Brücke, durch einen Schuß in den Kopf getödtet wurde. Dagegen trat nun Willig ein. Willig war einer der seit 1845 im westlichen Deutschland so häufigen Gemüths-kommunisten, also schon deshalb in instinktivem, geheimem Gegensatz gegen unsere kritische Richtung. Er war aber mehr, er war vollständiger Prophet, von seiner persönlichen Vision als prädestinirter Betreuer des deutschen Proletariats überzeugt, und als solcher direkter Präsident auf die politische nicht minder als auf die militärische Diktatur. Dem früher von Weiling geprägten urchristlichen Kommunismus trat somit eine Art von kommunistischem Jdam zur Seite. Doch blieb die Propaganda dieser neuen Religion zunächst auf die von Willig befehligte Flüchtlingsarmee beschränkt.

Der Bund wurde also neu organisirt, die im Anhang (IX, Nr. 1) abgedruckte Ansprache vom März 1850 erlassen, und Heinrich Bauer als Emisär nach Deutschland geschickt. Die von Marx und mir redigirte Ansprache ist noch heute von Interesse, weil die Kleinbürgerliche Demokratie auch jetzt noch diejenige Partei ist, welche bei der nächsten europäischen Erhebung, die nun bald fällig wird (die Verfallszeit der europäischen Revolutionen, 1815, 1830, 1848—52, 1870, wärrt in unserm Jahrhundert 15 bis 18 Jahre) in Deutschland unbedingt zunächst ans Ruder kommen muß, als Retterin der Gesellschaft vor den kommunistischen Arbeitern. Manches von dem dort Gesagten paßt also noch heute. Die Missionen des Heinrich Bauers war von vollständigem Erfolg gekrönt. Der kleine fidele Schuhmacher war ein geborner Diplomat. Er brachte die Iphis läßt geordnet, theils als eigne Rechnung operirenden ehemaligen Bundesglieder wieder in die aktive Organisation, namentlich auch die jetzigen Führer der Arbeiterverbrüderung. Der Bund fing an,

Die „Schneidige Waffe“ des Sozialistengesetzes ist bekanntlich der „keine Belagerungszustand“, welcher es in die Hand der Polizeibehörden gibt, jeden Willkürigen ohne Weiteres auszuweisen und bürgerlich zu Grunde zu richten.

Wohlan, der Gesetzesentwurf, welchen die sächsische Regierung dem Landtag vorlegen wollte, bedeutet für Sachsen die Erhebung des kleinen Belagerungszustandes zur ständigen Staatsanrichtung — wenigstens insoweit es sich um das „Ausweisungsgesetz“ handelt. Nach diesem monströsen Gesetzesentwurf sind nur die Spitzbuben, Brandstifter und Leute ähnlichen Kalibers vor der Ausweisung geschützt.

Wer nun von der Kengfligkeit, dem Mangel an Initiative der sächsischen Regierung einen Begriff hat, für den steht es fest, daß dieser Gesetzesentwurf einem Wink von Berlin seinen Ursprung verdankt. Dann ist es aber auch höchst wahrscheinlich, daß es sich hier um einen allgemeinen Plan, ein methothisches Vorgehen handelt, und daß wir uns um ähnliche Ueberrassungen in den anderen deutschen „Bundesländern“ gefaßt machen müssen. Derartige Dinge durch die „Bundesländer“ mit Umgehung des Reiches abmachen zu lassen, ist ja neuerdings Mode geworden. Wir erinnern nur an die Auslieferungsgesetzträge mit Russland, welche erst von Preußen und dann von Bayern geschlossen worden sind und von anderen „Bundesländern“ beachtlich werden.

Sozialistengesetz und Verschärfung des gemeinen Rechts: das ist, wie wir als selbstverständlich vorgetragen, das Programm der Reichsregierung. Die armen Nationalliberalen, die schon in Verzweiflung zu gerathen beginnen, mögen sich trösten: Bismard wird ihnen den Schild und Schirm des Ausnahmengesetzes nicht rauben. Und Herr Richter kann sich seine Abkommandirungsbefehle schon schreiben lassen. Das Sozialistengesetz wird erneuert — Bismard will es, die Majorität will es, und die politische Heuchelei hat zu sehen, wie sie sich mit dieser Thatfache abfindet.

Was die Verschärfung des gemeinen Rechts betrifft, so wird sie eine dreifache sein. Einmal eine „Revidirung“ und „Ergänzung“ des Strafgesetzbuchs — eine Reform, mit der die „Kronjuristen“ unter Gneist's Beistand jetzt eifrig beschäftigt sind. Zweitens eine Verschärfung des Preßgesetzes durch die geplante Aufhebung der Verjährungsfrist, welche den Preßsünder auf unbegrenzte Zeit Zeit der Verfolgung aussetzt. Und drittens endlich die Einführung von Polizeigesetzen, wie das sächsische Ausweisungsgesetz eines ist.

Natürlich fahren die Nationalliberalen fort, mit der Hartnäckigkeit welfand Offenmann's zu erklären, daß sie keine Reaktion sehen.

— Deutsche Arbeiterblätter haben in den letzten Wochen viel über ein angebliches Jubiläum geschrieben, das Bebel in dieser Zeit soll gefeiert haben: sie behaupten, es seien jetzt 25 Jahre, daß Bebel in die Bewegung eingetreten sei, und begleiteten dieses angebliche Ereignis mit Lobeshochrufen für Bebel, die diesen, wie wir genau wissen, auf das peinlichste und Unangenehmste berührten. Obendrein wurden dabei Bebel über den Einbruch, den der Besuch der ersten Volksversammlung auf ihn gemacht haben sollte, Gedanken untergehoben, die ihn in nichts weniger als schmeichelfähigem Dichte erscheinen lassen, obgleich sie zu seinem Lobe veröffentlicht wurden.

Wir sind ermüdet zu erklären, daß Bebel all diesen Veröffentlichungen absolut fern steht und dieselben lebhaft bedauert. Er theilt uns ferner mit, daß die gefühlvollen Vorgänge weder mit der angegebenen Zeit noch mit dem wirklichen Sachverhalt übereinstimmen, daß mit einem Wort das angebliche Jubiläum gar nicht existirt.

Dieser Berichtung seien noch einige allgemeine Bemerkungen hinzugefügt. Die Nachricht von diesem Jubiläum, die mit allerlei Lobeshochrufen im Keilamenit verdrängt wurde, hat die Genossen vieler Orte veranlaßt, dem Gefeierten Glückwünsche und sonstige Zeichen der Anerkennung zu übersenden. Es ist an und für sich ganz lässlich, wenn die Parteigenossen einen Mitstreiter, der, so lange er in der Partei steht, sich in der vorbesten Reihe gekämpft hat, ihre Anerkennung nicht verweigern; aber die Parteigenossen sollten sich auch vergegenwärtigen, daß keiner unter uns ist, der für den Dank kämpft, daß jeder seinen Kräften und Fähigkeiten der Partei zu dienen verpflichtet ist. Und daß wenn Bebel dies nach Ansicht der Genossen im vollsten Maße gethan, er doch glücklicherweise nicht der Einzige ist, dem dieses Zeugniß gebührt; die Kräfte und Fähigkeiten sind eben verschieden. Wir sind gewiß die Letzten, die Bebel's Leistungen verkleinern möchten, mögen wir uns wenden, ist, daß solche Anerkennungen den Charakter ländernde Demonstrationen und des Personenkultus annehmen, denn dies steht mit der prinzipiellen Auffassung unserer Partei über den Werth der einzelnen Person im schärfsten Widerspruch. Wir sind eine Partei, die aus der Entwicklung der Zustände ihre Kraft und ihre Stärke empfängt, für welche die Thätigkeit des Einzelnen immer nur sekundär ist.

Also fort mit dem Personenkultus, und mit Allem, was nach Klammere duftet.

— Die konservative Rechte im Reichstag apportirt ihrem Herrn und Meister einen Gesetzesentwurf auf Einführung fünfjähriger Legislaturperioden. Da das Zentrum dabei nicht mitspielen wird, so hat dieser Schritt nur den theoretischen Werth einer platonischen Demonstration. Unsere Abgeordneten haben als passende Antwort einen Gesetzesentwurf eingebracht, der die vierjährige Legislaturperiode verlangt und die Unauflösbarkeit des Reichstages auspricht.

Je länger die Legislaturperioden, um so größer die Unabhängigkeit der Abgeordneten von ihren Wählern — d. h. um so größer die Kor-

Feuilleton.

Zur Geschichte des „Bundes der Kommunisten.“

Von Friedrich Engels.

(Schluß.)

Daß aber der Bund eine vorzügliche Schule der revolutionären Thätigkeit gewesen, bewies sich jetzt. Am Rhein, wo die „Neue Rheinische Zeitung“ einen festen Mittelpunkt bot, in Cassan, Altheim, Rhein, standen überall Bundesglieder an der Spitze der extrem-demokratischen Bewegung. Desgleichen in Hamburg. In Süddeutschland stand das Vorherrschende der Kleinbürgerlichen Demokratie im Weg. In Dresden war Wilhelm Wolff bis in den Sommer 1848 hinein mit großem Erfolge thätig; er erhielt auch ein schließliches Mandat als Stellvertreter zum Frankfurter Parlament. Endlich in Berlin stiftete der Schriftsteller Stephan Born, der in Brüssel und Paris als thätiges Bundesmitglied gewirkt hatte, eine „Arbeiterverbrüderung“, die eine ziemliche Verbreitung erhielt und bis 1850 bestand. Born, ein sehr talentvoller junger Mann, der es aber mit seiner Verwandlung in eine politische Größe etwas zu eilig hatte, „verbrüderete“ sich mit den verschiedenartigsten Kretz und Plebs, um nur einen Haufen zusammen zu bekommen, und war keineswegs der Mann, der Einheit in die widerstrebenden Tendenzen, Licht in das Chaos bringen konnte. In den amtlichen Veröffentlichungen des Vereins laufen daher auch die im kommunistischen Manifest vertretenen Ansichten hundert durch einander mit Junterinnerungen und Zustwölzungen, Abfällen von Louis Blanc und Fraunhof, Schuljünger u. s. w., kurz man wollte Alles sein. Speziell wurden Streiks, Gewerkschaften, Produktionsgenossenschaften ins Werk gesetzt und vergessen, daß es sich vor Allem darum handelte, durch politische Siege sich erst das Gebiet zu erobern, worauf allein solche Dinge auf die Dauer durchführbar waren. Als dann die Siege der Reaktion den Leibern der Verbrüderung die Nothwendigkeit fühlbar machten, direkt in den Revolutionskampf einzutreten, wurden sie von dem vermorrenen Pflanz, die sie um sich gruppirt, selbstredend im Stich gelassen. Born betheiligte sich am Dresdner Aufstand 1849, und entkam glücklich. Die Arbeiterverbrüderung aber hatte sich, gegenüber der großen politischen Bewegung des Proletariats, als ein reiner Sonderbund bewährt, der großentheils nur auf dem Papier bestand und eine so untergeordnete Rolle spielte, daß die Reaktion ihn erst 1850, und seine fortbestehenden Abhänger erst mehrere Jahre nachher zu unterdrücken für nötig fand. Born, der eigentlich Buttermilch heißt, wurde keine politische Größe, sondern ein kleiner

in den Arbeiter-, Bauern- und Turnvereinen in weit größerem Maß als vor 1848 die dominierende Rolle zu spielen, so daß schon die nächste vierteljährliche Ansprache an die Gemeinden vom Juni 1850 konstatairen konnte, der im Interesse der Kleinbürgerlichen Demokratie Deutschland betreffende Studiosus Schwarz aus Bonn (der spätere amerikanische Ex-Minister) „habe alle brauchbaren Kräfte schon in den Händen des Bundes gefaßt.“ (S. Anhang, IX, Nr. 2.) Der Bund war unbedingt die einzige revolutionäre Organisation, die in Deutschland eine Bedeutung hatte.

Wozu diese Organisation aber dienen sollte, das hing sehr wesentlich davon ab, ob die Aussichten auf einen erneuten Aufschwung der Revolution sich vermittelten. Und dies wurde im Lauf des Jahres 1850 immer unwahrscheinlicher, ja unmöglich. Die industrielle Krise von 1847, die die Revolution von 1848 vorbereitet hatte, war überwunden; eine neue, bisher unerhörte Periode der industriellen Prosperität war angebrochen; mer Augen hatte zu sein, und sie gedraute, für den mühseligen Kampf, daß der Revolutionssturm von 1848 sich allmählich erschöpfe.

Bei dieser allgemeinen Prosperität, worin die Produktivkräfte der bürgerlichen Gesellschaft sich so äppig entwickelten, wie dies innerhalb der bürgerlichen Verhältnisse überhaupt möglich ist, kann von einer wirklichen Revolution keine Rede sein. Eine solche Revolution ist nur in den Perioden möglich, wo diese beiden Faktoren, die modernen Produktionskräfte und die bürgerlichen Produktionsformen, mit einander in Widerspruch geraten. Die verschiedenen Zankereien, in denen sich jetzt die Repräsentanten der einzelnen Fraktionen der kontinentalen Ordnungspartei ergehen und gegenseitig kompromittiren, weit entfernt von neuen Revolutionen Anlaß zu geben, sind im Gegentheil nur möglich, weil die Grundlage der Verhältnisse momentan so sicher, und, was die Reaktion nicht weiß, so bürgerlich ist. An ihr werden alle die bürgerliche Entwicklung aufhaltenden Reaktionsversuche ebenso sicher abprallen, wie alle stitische Entrüstung und alle begeisterten Proklamationen der Demokraten.“ So schrieb Marx und ich in der „Neue von Mai bis Oktober 1850“ in der „Neuen Rheinischen Zeitung“, „Politisch-Monistische Revue.“ V. und VI. Heft, Hamburg 1850, S. 153.

Diese kühle Auffassung der Lage war aber für viele Leute eine Kezerei zu einer Zeit, wo Ledru-Rollin, Louis Blanc, Mazzini, Kossuth, und von kleineren deutschen Dichtern Ruge, Kinkel, Ohlig, und wie sie alle heißen, sich in London hausweis zu prophetischen Zukunftsberechnungen, nicht nur für ihre respektiven Vaterländer, sondern auch für ganz Europa zusammenbanden, und wo es nur noch darauf ankam, das nötige Geld als Revolutionsanleihe in Amerika aufzunehmen, um die europäische Revolution beneßten den damit selbstverständlichen verschiedenen Republiken

...tion der Parlamente. Daher werden auch die „nationalen“ Parteien für den Antrag der Konvention stimmen, das vaterlandlose Bundesland aber dagegen.

— Die „Reichskommission“ hat den an Genosse Krüger verübten Diebstahl — die Schließung und Beschlagnahme seiner Druckerei — gutgeheißen. Heilig ist das Eigentum.

— Um die Entrüstung, welche die Abschichtung Dieckle's überall hervorgerufen, möglichst abzumildern, werden offiziell seitens allerhand ungünstige Notizen über ihn verbreitet. Den Anfang machte Herr Staatsanwalt Uhles, der, entgegen den Berichten aller übrigen Augenzeugen, die Haltung Dieckle's vor und bei der Hinrichtung als die eines vollständig Gebrochenen hinstellen will. Aber er schafft sich die eines vollständig Gebrochenen hinstellen will. Aber er schafft sich die eines vollständig Gebrochenen hinstellen will. Aber er schafft sich die eines vollständig Gebrochenen hinstellen will.

— Im „Cri du Peuple“ vom 21. November erklärt Karl Dieckle entgegen der in voriger Nummer von uns erwähnten Notiz der „Staatsbürgerzeitung“:

„Meine Familie stammt allerdings aus Posen, aber nur mein Vater und meine Schwester befinden sich noch jetzt dort. Wir waren mit 11, sondern nur 7 Kinder. Der Älteste von uns, der Schmied ist, ist verheiratet und wohnt in Brandenburg. Nach ihm kommt eine Schwester, die verheiratet ist und beim Vater wohnt. Mein zweiter Bruder ist Maurer und in Berlin verheiratet. Ich bin von den Söhnen der dritte; noch wir kam mein armer Bruder Julius. Ein weiterer Bruder befindet sich im Dienst, der jüngste, der erst 19 Jahre alt, ist vor Kurzem nach Berlin abgereist. Die Genauigkeit dieser Mitteilungen wird Ihnen Leuten zeigen, was sie von der Wahrschuldigkeit der „Frankfurter Zeitung“ zu halten haben.“

— Schneller als man erwarten konnte, hat der serbisch-bulgarische Handel diejenige Wendung genommen, die unter den obwaltenden Umständen jeder billig Denkende wünschen mußte. Unter den obwaltenden Umständen jeder billig Denkende wünschen mußte. Unter den obwaltenden Umständen jeder billig Denkende wünschen mußte. Unter den obwaltenden Umständen jeder billig Denkende wünschen mußte.

— Zwei Erklärungen, welche Genosse Liebnecht an deutsche Zeitungen gesandt, in denen seine Artikel über den Normalarbeitstages demangel werden waren, werden für unsere Leser besonders interessant haben, und bringen wir sie deshalb hiermit zum Abdruck. Die erste, an die Redaktion der „Hamburger Bürgerzeitg.“ gerichtete und in Nr. 271 des genannten Blattes veröffentlicht, lautet:

„In dem Artikel, betitelt „Der Normalarbeitstages“, der letzten Nummer Ihres Blattes wird mir vorgeworfen, mit meinen, in der Schweiz veröffentlichten Artikeln über den Normalarbeitstages hätte ich „offene Türen eingestossen.“ Nun, der Lärm, den diese Artikel verursacht haben, beweist, daß die Türen doch nicht so ganz offen gewesen sein können.“

Der Vorwurf scheint mir viel eher den Verfasser des Artikels in Ihrer Donnerstagsnummer zu treffen, denn er erkennt ja im wesentlichen die Richtigkeit meiner Ausführungen an. Und im einzigen Punkt, wo er dies nicht thut, hat er Unrecht; ich weiger mich nicht in zehn Stunden dasselbe Arbeitsquantum ausgedrückt werden wie in vierzehn Stunden, aber die Maschinen kann entwerdend leistungsfähiger gemacht werden, was in den Berichten der Schweizerischen Fabrikinspektoren (ein Bericht aus dem Jahre 1881 ward vor einem halben Jahre im „Berliner Volksblatt“ abgedruckt) des Näheren nachzulesen ist.

— Schapper starb Ende der sechziger Jahre in London. Willig machte den amerikanischen Bürgerkrieg mit Auszeichnung mit; er erhielt in der Schlacht bei Vicksburg (Tennessee) als Brigadegeneral einen Schuß durch die Brust, wurde aber geheilt und starb vor etwa zehn Jahren in Amerika. — Von andern, oben erwähnten Personen will ich noch bemerken, daß Heinrich Bauer in Australien verstorben ist, Weiting und Oberbeck in Amerika gestorben sind.

„Sollte mein Widerpart noch im Zweifel sein, dann betrachte er die englische Textilindustrie, die trotz des seit 40 Jahren herrschenden zehnstündigen Normalarbeitstages (denn die Zehnstundenbill ist tatsächlich ein Normalarbeitstages) eine immer geringere Anzahl von Arbeitern beschäftigt.“

„Ich habe einen ganz bestimmten, scharf präzisirten Irrthum bekämpft; und wenn der Verfasser des Artikels in Ihrer Donnerstagsnummer meint, daß, was ich bekämpfte, sei noch von keinem der Förderer und Verteidiger der Arbeiterschutzgesetzgebung behauptet worden, so kann ich ihn bloß bitten, die neuesten Schriften über den Normalarbeitstages und die Berichte über Arbeiter- und namentlich Fachvereins-Versammlungen in den letzten Jahren zu lesen; und er wird zugeben müssen, daß er Unrecht hat und ich Recht.“

„Der Irrthum, welchen ich bekämpfte, war leider auf dem Weg, in gewissen Kreisen Glaubensartikel zu werden. Wäre dem nicht so, wie hätte sonst mein Angriff auf diesen Irrthum als ein Angriff auf den Normalarbeitstages selbst angesehen werden können? Die Aufnahme, welche ich mit meinen Artikeln gefunden, ist die beste Rechtfertigung meines Kufretrens.“

Wahrhaftig, die Vortheile des Normalarbeitstages sind so groß, daß es nicht nöthig ist, ihm Wundererigenschaften anzuhängen. Durch solches unvernünftliches und unsozialistisches Verfahren werden den Gegnern des Normalarbeitstages und der Arbeiterschutzgesetzgebung nur Waffen in die Hand gebracht.“

Die zweite Erklärung, an die Redaktion des „Recht auf Arbeit“ gerichtet und in Nr. 79 desselben abgedruckt, lautet:

„Zu einer Polemik ins Blaue hinein habe ich weder Lust noch Zeit. Was Sie über mich über meine „Unerschbarkeit“ oder Nichterschbarkeit denken, ist höchst gleichgültig. Der Punkt, auf welchen es ankommt, ist: Hatte ich Recht oder habe ich Unrecht, als ich mich gegen folgenden bestimmten, von mir ausdrücklich zitierten Satz wandte:

„Ein einfaches Rechenexempel beweist die Möglichkeit der vermehrten Arbeitsgelegenheit bei Einführung des Normalarbeitstages. Gelegt ein Fabrikant beschäftigt 100 Arbeiter per Tag 11 Stunden. Wollte er nun im Normalarbeitstages von 10 Stunden dieselbe Masse Waaren liefern wie vorher zu 11 Stunden, so müßte er 10 Arbeiter mehr einstellen, d. h. 10 „Bagabunden“ würden von der Landstraße in die Fabrik gezogen, sich in „ordentliche Arbeiter“ verwandeln.“

Dieser Satz ist einer der verbreitetsten neueren Broschüren über den Normalarbeitstages entnommen. Er findet sich seinem wesentlichen Inhalt nach in einer zweiten Flugchrift über das gleiche Thema; und hat namentlich in der Fachvereinsbewegung eine ziemliche Rolle gespielt. Hätte es sich bloß um eine vereinzelte Aeußerung gehandelt, so würde ich wahrscheinlich geschwiegen haben. Es handelt sich aber um eine verbreitete Ansicht, der entgegenzutreten ich mich im Interesse der Arbeiterbewegung und meiner Partei für verpflichtet hielt.

Ist der von mir bekämpfte Satz richtig oder nicht? Einfach Ja oder Nein!

Ist er nicht richtig, warum greifen Sie mich an? Erklären Sie ihn dagegen für richtig, so sehen Sie sich in Widerspruch mit der Erfahrung, mit der Wissenschaft und — mit dem sozialdemokratischen Programm, was nachzuweisen ich erforderlichen Falles bereit wäre.“

Der Einwand, daß die Feinde des Normalarbeitstages durch mich eine Waffe in die Hand bekommen hätten, ist wohl kaum ernsthaft gemeint. Oder glauben Sie, wir müßten unserer Sache, indem wir brav B d e schreiben?

Sie kommen mir mit Coarbrücken und Sedan. Sogar zweimal. Bei Diskussionen ist's immer ein mißlich Ding mit Bildern und Vergleichen. Insbesondere wenn der Vergleich seine zwei Seiten hat, wie der Irrige. Schlachten, die der Eine gewinnt, verliert der Andere.

Wenn unsere Partei sich durch Verleumdung ihres wissenschaftlichen und prinzipiellen Standpunkts ein Saarbrücken zuzog, wäre sie allerdings in Gefahr, schließlich ins Sedan zu finden. Vermeiden wir also das Saarbrücken!

Borsdorf, den 14. November 1885. W. Liebnecht.

Rachschrift für Diejenigen, welche meine Artikel im „Soz. Dem.“ nicht gelesen haben. Der erste derselben beginnt mit den Worten:

„Der Normalarbeitstages steht mit Recht im Vordergrund der nächsten Forderungen, welche die deutsche Arbeiterklasse zu erkämpfen entschlossen ist.“

Diese Rachschrift steht im „Recht auf Arbeit“.

Auf die verschiedenen Angriffe und Ausstellungen, zu denen die Artikel Liebnecht's über den Normalarbeitstages in einem Theile der deutschen Presse Anlaß gegeben, wird derselbe in einem besonderen Artikel antworten.

— Revanche. Es ist ein so bekanntes Wort, daß das Jitai fast verpönt ist: Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. In Böhmen sehen wir das jetzt so recht anschaulich. Die Deutschen werden dort von den Tschechen nicht bloß durchgegrügelt, sondern hintennach auch noch verurtheilt; wie das Königshofer Erkenntniß beweist. Unsere Zeitungen sind darüber natürlich stillos entrüstet. Sie vergessen bloß, daß vor jetzt dreißig Jahren durch die deutsche Regierung in Wien die tschechische Nationalität fast ausgerottet und der letzte Rest des Hassitentums mit Feuer und Schwert verübt wurde. Was jetzt geschieht, ist bei aller Brutalität nur eine sehr milde Revanche für die Verbrechen, welche damals von den Deutschen an den Tschechen verübt wurden.

Zwischen damals und jetzt liegt ein Menschenalter. Damals war Deutschland ein Land des Handwerks und der auf Handarbeit beruhenden Hausindustrie; jetzt ist es ein, noch in fortwährender industrieller Umwälzung begriffenes, großes Industriealand. Damals mußte man die Arbeiter einzeln zusammenfassen, die Verbandsbildung hatten für ihre Lage als Arbeiter und ihren geschichtlich-ökonomischen Gegensatz gegen das Kapital, weil dieser Gegensatz selbst erst im Entstehen begriffen war. Heute muß man das gesammte deutsche Proletariat unter Ausnahmsgehalte stellen, um nur den Prozeß seiner Entwicklung zum vollen Bewußtsein seiner Lage als unterdrückte Klasse um ein Geringes zu verlangsamen. Damals mußten sich die wenigen Deuts, die zur Erkenntniß der geschichtlichen Rolle des Proletariats durchgedrungen, im Geheimen zusammenthuns, in kleinen Gemeinden von drei bis zwanzig Mann verstoßen sich ver sammeln. Heute braucht das deutsche Proletariat keine offizielle Organisation mehr, weder öffentliche noch geheime; der einfache, sich von selbst vernehmende Zusammenhang gleichgestimmter Klassen-genossen reicht hin, um ohne alle Statuten, Behörden, Beschlässe und sonstige greifbare Formen das gesammte deutsche Reich zu erschüttern. Bismarck ist Schiedsrichter in Europa, draußen jenseits der Grenze;

oder drinnen wächst täglich drohender jene Kriegergestalt des deutschen Proletariats empor, die Marx schon 1844 vorhergesehen, der Riese, dem das auf den Phylister bemessene enge Reichsgebäude schon zu knapp wird, und dessen gewaltige Statue und breite Schultern dem Augenblick entgegenwachsen, wo sein bloßes Köpfelein vom Sitz den ganzen Reichsversammlungsraum in Trümmer sprengt. Und mehr noch: Die internationale Bewegung des europäischen und amerikanischen Proletariats ist jetzt so erhardt, daß nicht nur ihre erste enge Form — der geheime Bund —, sondern selbst ihre zweite, unendlich umfassendere Form — die öffentliche internationale Arbeiter-Assoziation — eine Fessel für sie geworden, und daß das einfache, auf der Einsicht in die Dieselbigkeit der Klassenlage beruhende Gefühl der Solidarität hinreicht, unter den Arbeitern aller Länder und Jungen eine und dieselbe große Partei des Proletariats zu schaffen und zusammenzubalten. Die Lehren, die der Bund von 1847 bis 82 vertrat, und die damals als die Hirngespinnste extremer Tölpel, als Geheimglehre einiger versprengten Sekulirer vom weisen Phylisterium mit Abscheu behandelte wurden durften, sie haben jetzt zahllose Anhänger in allen zivilisirten Ländern der Welt, unter den Bedammten der sibirischen Bergwerke, wie unter den Goldgräbern Kaliforniens; und der Begründer dieser Lehre, der bestgeachtete, bewundernswürdige Mann seiner Zeit, Karl Marx, war, als er starb, der stets gesuchte und stets willige Rathgeber des Proletariats beider Welten.

— Die Wahlen — zwar nicht Gottes, aber der Geschichte, maßen langsam aber sicher — Wante da die fromme „Germania“ ausrufen.

Das Schlimmste ist nur, daß — wie übrigens bei den meisten politischen „Revanchen“ — auch hier die Arbeiter es sind, die den Haupt-schaden zu tragen haben, und zwar die tschechischen wie die deutschen Arbeiter. Es ist den Fanatikern auf beiden Seiten gelungen, vielerorts den Nationalitätenhass auch in die Reihen der Arbeiter zu verpflanzen, und wo der dominirt, ist von einer selbständigen Arbeiterbewegung, von einer Organisation der Arbeiter als Klasse, nicht die Rede. So schreibt man uns aus Trautenau: „Die Zustände sind hier überaus traurig. Arbeiter stehen Arbeitern feindselig gegenüber. Es folgen blinde Hingebungen an die Führer, und über dem nationalen Krampf werden die sozialen Uebel, unter denen die Arbeiterklasse leidet, gänzlich vergessen. Was das schließliche Resultat dieses erbitterten Nationalitäten-kampfes sein wird, liegt auf der Hand: die Herrschaft des Absolutismus oder der gänzlich zerfallene Oesterreich, welche letztere Eventualität selbst von sonst ganz loyalen Bürgern mit völliger Gleichgültigkeit erörtert wird. Tschechen und Deutsche überdieten sich zwar in Behauptungen ihres Patriotismus, doch ist bei Beiden ein profanes „Hoffen auf Besserung“ dabei. Oesterreichische Patrioten sind überhaupt eine Spezies, die man mit der Laterne suchen müßte, und doch ist die Macht der Regierung heute stärker als je. Der Haß fesselt die getreuen Unterthanen fester an sie als die Kette. Und die Regierung benützt ihre Macht, die Arbeiterbewegung mit allen Mitteln niederzuhalten.“

Für uns Sozialisten gibt es unter solchen Umständen nur eine Aufgabe, der Nationalitätenhass, wo wir nur können, entgegenzuwirken. Für uns gibt es keine speziell nationale Kultur, weder eine tschechische noch eine deutsche, für uns gibt es nur eine allgemeine Kultur, und wenn ein Volkstamm in derselben vor dem andern voraus ist, so soll er sich nur freuen, wenn der andere ihm nachzukommen strebt. Das ist der Grundsatz, von dem wir auszugehen haben, und den wir überall da proklamiren müssen, wo die herrschenden Klassen ihm entgegen handeln.

— Die gebildeten Deutschen Wien's haben kürzlich eine Oper niedergeschrieben, lediglich weil der Komponist — der durch seine Rhapsodien z. B. geradezu weltberühmte Dvorjak — ein Tscheche ist. Wahrscheinlich wollten sie dadurch den Tschechen ihre geistige Ueberlegenheit, ihre höhere Bildung dokumentiren.

Wenn aber fanatische Tschechen ein deutsches Musikwerk ausführen, dann beweisen sie damit nur ihre Rohheit und Berkommenheit. Wenn Zwei dasselbe thun, so ist's eben nicht dasselbe.

— Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft. Papst Leo hat Wilhelm und Bismarck Exemplare seiner neuesten Enzyklika in Beachtanden verehrt. In derselben wird die Pressefreiheit als Teufelswerk verworfen, hingegen die Erklärung abgegeben, daß die Kirche sich jeder Staatsform anpasse, das heißt immer mit den herrschenden gemeinsame Sache zu machen vermag. Die national-liberale Partei soll beschloffen haben, Leo zu ihrem Ehrenmitglied zu ernennen.

— Unter dem Zeichen der Venus — o du mein holder Abendstern! — läßt sich in der national-liberalen „Elberfelder Zeitung“ eine „Arbeiterstimme“ aus „gemäßigtsozialistischem Lager“ über das Sozialistengesetz und die Nothwendigkeit seiner Aufhebung vernehmen. Wir würden einer Arbeiterstimme, die dem genannten Blatt ihre Schmerzen anvertraut, schwerlich Beachtung schenken, wenn besagter Benustriter, der in München seinen Wohnsitz hat, sich nicht durch Mittheilung von allerhand „Discretionen“, als ganz besonders über die Vorgänge und Stimmungen im sozialistischen Lager unterrichtet, aufspielet. Da ziemt es sich wohl, den Sozialismus dieses „Gemäßigten“ etwas näher zu betrachten. Hören wir ihn also:

„Die Existenz berechtigter Forderungen des vierten Standes wird heute kein ernsthaft zu nehmender Politiker leugnen wollen, es war das Unglück des Sozialistengesetzes, daß diese berechtigten Forderungen mit den Auswüchsen desselben vermischt und beide gleich hart traf.“

Da haben wir's. Das arme unglückliche Sozialistengesetz. Wie schade, daß es nicht den Stein der Weisen gefunden und unterschieden hat, was von den Bestrebungen des „vierten Standes“ berechtigt ist und was nicht. Hätte er dieses Problem gelöst, dann wäre alles gut. Stellen wir also fest, was an der Bewegung berechtigt ist und was nicht.

Wer irgend eine Andeutung darüber in dem Artikel suchen wollte, würde arge Enttäuschung werden. Der „gemäßigte Sozialist“ verräth uns kein Sterbenswörtchen über seine Lösung dieser Frage, als um die sich bekanntlich der ganze Streit, „soziale Frage“ genannt, dreht. Ganz wie die Macher des Sozialistengesetzes, die auch nie unterlassen haben zu betonen, daß sie die Arbeiter keineswegs verhindern wollen, für ihre berechtigten Forderungen einzutreten. Und mit den Machern des Sozialistengesetzes forbert unser „gemäßigter Sozialist“ für die Regierung „die gesetzlichen Mittel, welcher sie gegen die Ausschreitungen der sozialistischen Propaganda bedarf.“

Wo diese Ausschreitungen zu suchen sind, darüber läßt er sich deutlicher vernehmen. „Ein mächtiges Ringen“, erzählt er uns, „zwischen radikaler und gemäßigter Richtung innerhalb der sozialdemokratischen Partei tritt immer offener zu Tage; das Bestreben nach Errichtung der nächstliegenden Ziele wird immer allgemeiner. Es bedarf des vollen Aufgebots der Parteidisziplin in der scharfsinnigsten Dialektik seitens der Jünger Intransigenten, um die ungeduldig werdenden Massen von der Nothwendigkeit des Bestehensbleibens auf dem doktrinären Standpunkte zu überzeugen, d. h. um die armen, nicht „akademisch“ gebildeten Arbeiter“, wie sich der „Jünger Sozialdemokrat“ so zart ausdrückt, nicht aus ihrem namen Zukunftsfloß zu wecken.“ Kein Zweifel, die „Ausschreitungen der sozialdemokratischen Propaganda“ bestehen in der Wahrung des doktrinären Standpunktes, in dem Eintreten für nicht als „berechtigt“ approbirte Forderungen.

Und nun ist das Aeyest funderleucht gefunden. Die Regierung stelle die Sozialdemokraten auf den Boden des gemeinen Rechts mit Zufälligkeit verhärteter Maßregeln gegen anarchoisische Bestrebungen. Anarchoisische Bestrebungen?

Wie kommen denn die plötzlich in den Artikel hinein? Nun, wer zwischen den Zeilen lesen kann, wird darüber nicht im Zweifel sein. Vorher „Ausschreitungen der sozialistischen Propaganda“ und jetzt „anarchoisische Bestrebungen“, das heißt nichts anderes als: Man gebe dem Kind einen andern Namen, und alles ist gut. Man schätze die guten, sich in den Rahmen berechtigter Forderungen haltenden „Sozialisten“, und verfolge desto scharfer die unberechtigten, die „anarchoisistischen“ Sozialisten, dann wird Ruhe und Frieden eintreten.

Nicht wahr, ein Prachtstück, dieser „gemäßigte Sozialist“? Ein wahres Exemplar von Mäßigung. Und eine wahre Musterkollektion von Sozialisten, als deren Dolmetsch ihn Herr Köler uns präsentirt. Schade nur, daß diese Sozialisten nicht auf unserer proletarischen Erde zu finden sind, sondern höchstens am poetischen Sternenhimmel. Solche nationalisierbare Jammerkerle, die für sich Schonung erbeiten um den Preis der Anbelung Anderer, gibt es im sozialistischen Lager nicht, Herr Köler, — im gemäßigten so wenig als im radikalen. Sehen Sie sich also keine weitere Mühe, das Wandervogel ist zu durchsichtig, als daß es nicht ein jeder durchschauen sollte; auf diesen Köler heißt Niemand an.

— Sparcamisitskapitel gibt es noch immer, obgleich die Sorte aus dem Aussterbe-Buch zu sehen scheint. So treibt jetzt in der tschechischen Presse ein komischer Kauz sein Wesen, der unter der vielsprechenden Ueberschrift: „Erkenntniß und Abwahnung“ den Weg zeigt, auf welchem auch der Kermit zu Wohlstand gelangen kann. Der Kermit braucht nur „den Zucker im Kaffee, die Butter auf der Semmel und die Wurst auf dem Butterbrot“ zu sparen, und er hat am Ende des Jahres das runde Stämmchen von 100 Mk. bei Seite gelegt, ist also schon ein kleiner Kapitalist.

Daß es in Sachen Tausende von Weberfamilien gibt, die das ganze Jahr nicht viel mehr als 100 Mk. verdienen, fällt dem sonderbaren Kauz ebensowenig ein, wie daß es für die Fleischer, Landwirthe und Krämer sehr schlimm sein würde, wenn das Volk sich den Genuß von Butter, dem Zucker und der Wurst abgewöhnte. Warum sich nicht überhaupt den Luxus des Essens, der Bekleidung und der Wohnung abgewöhnen? Dann wäre der Zustand höchster Günstigkeit erreicht und die soziale Frage aufs Gründlichste gelöst, insofern die Konsumtion mitsammt der

